



Fünfter Tätigkeitsbericht zum Heidelberger Interventionsmodell gegen Gewalt in Beziehungen (HIM)

Inhalt

| | |
|---|-----------|
| 1. Häusliche Gewalt – ein gesamtgesellschaftliches Problem | 3 |
| 2. Heidelberger Interventionsmodell gegen Gewalt in Beziehungen (HIM) | 3 |
| 2.1 Staatliche Intervention, Schutz der Opfer und Arbeit mit Gewalt Ausübenden | 3 |
| 2.2 Finanzierung | 4 |
| 2.3 Betreuung der Kinder | 5 |
| 2.4 Kooperation mit Einrichtungen des Gesundheitswesens | 5 |
| 2.5 ArbeitgeberInnen gegen häusliche Gewalt | 5 |
| 2.6 Zwangsheirat | 6 |
| 2.7 Ausblick..... | 6 |
| 3. Tätigkeitsberichte und Stellungnahmen der zentralen am Platzverweis-/ Wohnungsverweisverfahren beteiligten Stellen..... | 8 |
| 3.1 Staatliche Intervention: Polizei, Ortspolizeibehörde und Justiz | 8 |
| 3.2 Unterstützung und Begleitung für Frauen | 9 |
| 3.3 Betreuung der Kinder | 14 |
| 3.4 Arbeit mit Männern | 19 |
| 3.5 Vernetzung mit dem Gesundheitswesen | 23 |
| 3.6 Zwangsheirat | 25 |
| 4. Anhang 1: Informationsflyer fairmann e.V..... | 29 |
| 5. Anhang 2: Heidelberger Erklärung..... | 30 |

1. Häusliche Gewalt – ein gesamtgesellschaftliches Problem

Etwa jede vierte Frau erlebt mindestens einmal im Leben Gewalt durch einen Beziehungspartner ("Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland", Repräsentativuntersuchung im Auftrag des Bundesfamilienministeriums, 2004). Dennoch ist häusliche Gewalt kein Thema ausschließlich für die betroffenen Frauen. Durch häusliche Gewalt entstehen der Gesellschaft hohe Kosten, zum Beispiel im Bereich der Polizei, der Justiz, im Gesundheitssektor, im Bereich von Sozialleistungen und in der Wirtschaft. In der Bundesrepublik liegen keine Angaben zu den gesellschaftlichen Folgekosten häuslicher Gewalt von Männern gegen Frauen vor. Einer Schätzung der Arbeitsgemeinschaft „Männer- und Geschlechterforschung“ (Berlin) zufolge belaufen sich die Folgekosten von Männergewalt auf etwa 29 Milliarden DM pro Jahr (zitiert nach Prof. Dr. Walter Hollstein auf der 6. bundesweiten Gleichberechtigungskonferenz am 29. Januar 1998, Konferenzdokumentation des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, vergleiche Bundestags-Drucksache 14/849, Seite 3 vom 27.04.1999). Der Europarat spricht in seinem Handbuch „Parlamente gemeinsam im Kampf gegen häusliche Gewalt an Frauen“ von einem Durchschnittswert von geschätzten 40 Euro pro Kopf jährlich in Europa. Für Deutschland sind das geschätzte Kosten in Höhe von rund 3,28 Milliarden Euro.

Von Gewalt betroffene Personen haben Anspruch auf Schutz und Hilfe. Zur Bekämpfung häuslicher Gewalt hat sich das Platzverweisverfahren in der Praxis bewährt. Mit der Aufnahme des nunmehr als Wohnungsverweis bezeichneten Verfahrens als materielle Grundlage in das Polizeigesetz Baden-Württemberg mit Wirkung vom 01.09.2009 wurde die Rechtssicherheit weiter erhöht. Das Wohnungsverweisverfahren besteht aus mehreren Maßnahmen, die in ihrem Zusammenwirken zu einer Vermeidung weiterer häuslicher Gewalt beitragen sollen, der

- akuten polizeilichen Krisenintervention,
- flankierende Beratung von Opfern, Tätern und Täterinnen und mitbetroffenen Kindern,
- konsequenten Strafverfolgung,
- schnellen Herbeiführung eines zivilrechtlichen Schutzes.

Je besser die Maßnahmen aufeinander abgestimmt sind, desto eher kann das Wohnungsverweisverfahren dazu beitragen, häusliche Gewalt dauerhaft zu beenden. Der Erfolg des Wohnungsverweisverfahrens hängt demnach maßgeblich von der Kooperation der beteiligten Stellen ab.

2. Heidelberger Interventionsmodell gegen Gewalt in Beziehungen (HIM)

Die seit Jahren praktizierte Vernetzung aller Beteiligten am Runden Tisch und die Einrichtung der Interventionsstellen für Frauen und Kinder sowie für Männer haben sich bestens bewährt.

Der Runde Tisch tagt unter der Federführung des Amtes für Chancengleichheit turnusmäßig zweimal jährlich. Die Ausarbeitung spezifischer Problemstellungen geschieht in gesondert tagenden Fach-Arbeitsgruppen.

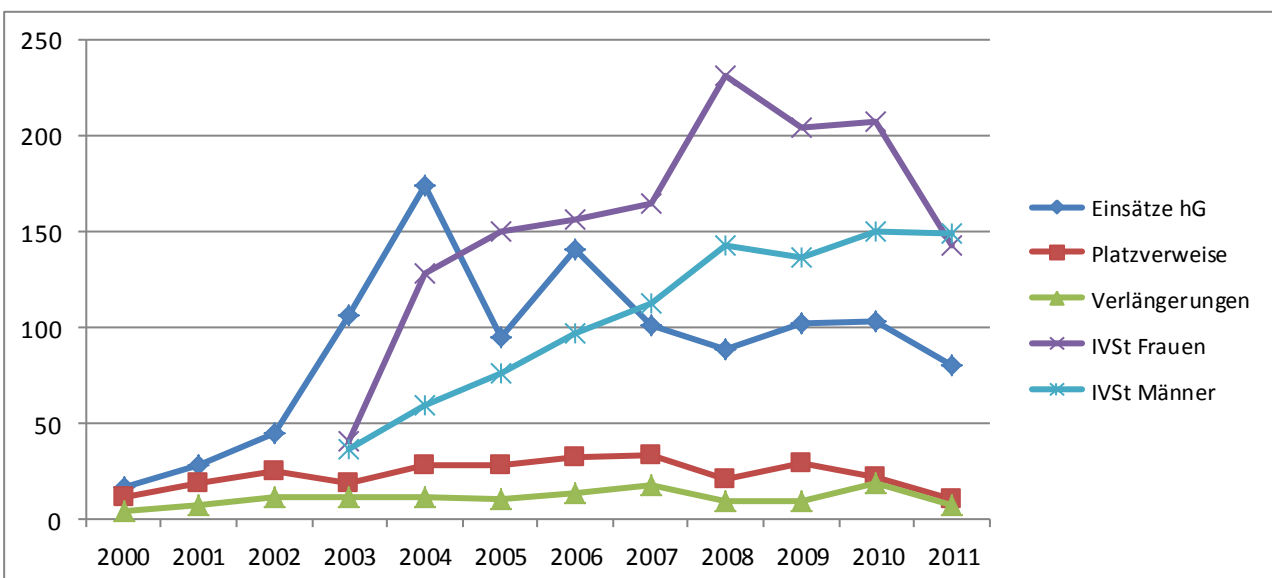
2.1 Staatliche Intervention, Schutz der Opfer und Arbeit mit Gewalt Ausübenden

Die Beratungszahlen der Interventionsstellen (IVSt), die im Mai 2003 ihre Arbeit aufgenommen haben, weisen im Verhältnis zu den ausgesprochenen Wohnungsverweisen deutlich aus, dass sie sich als Anlaufstellen auch außerhalb des Platzverweisverfahrens etabliert haben. Die nachfolgende Statistik veranschaulicht, dass das hohe Niveau der Inanspruchnahme trotz Rückgang

der Wohnungsverweise beibehalten werden konnte. Besonders erfreulich ist der kontinuierliche Anstieg der Akzeptanz der Interventionsstelle für die Arbeit mit Gewalt Ausübenden.

Abbildung 1 + 2: Einsätze häusliche Gewalt (hG), Wohnungsverweise (Platzverweis), Aufenthalts- und Vertretungsverbote (Verlängerung Platzverweis), Klientinnen und Klienten der Interventionsstellen Frauen und Männer

| | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 |
|------------------------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| Polizeieinsätze häusliche Gewalt | 16 | 28 | 45 | 106 | 174 | 95 | 141 | 101 | 88 | 102 | 103 | 81 |
| Wohnungsverweise | 11 | 18 | 25 | 19 | 28 | 28 | 32 | 33 | 21 | 29 | 22 | 10 |
| Aufenthalts- und Betretungsverbote | 4 | 7 | 11 | 11 | 11 | 10 | 13 | 17 | 9 | 9 | 18 | 7 |
| Klientinnen IVSt Frauen | | | | 40 | 128 | 150 | 156 | 165 | 232 | 204 | 207 | 143 |
| KlientInnen IVSt Männer | | | | 36 | 59 | 76 | 97 | 112 | 143 | 136 | 150 | 149 |



2.2 Finanzierung

In 2011 erreicht die Männerinterventionsstelle erstmals sogar geringfügig höhere KlientInnenzahlen als die Interventionsstelle für Frauen. Diese positive Gesamtentwicklung konnte durch eine Angleichung des Leistungsentgeltes ab 2011 von 55.000 € auf die Leistungshöhe an die IVStelle Frauen von 60.000 € honoriert werden. Der Verein übernimmt jedoch nicht nur die Krisenintervention, sondern auch die längerfristige Betreuung beziehungsweise Therapie der Täter (als Interimslösung auch der Täterinnen). Er ist mit der aktuellen personellen Besetzung an der Leistungsgrenze angelangt.

Abbildung 3: Ausgaben 2011 aus Mitteln der Kommunalen Kriminalprävention für Projekte gegen häusliche Gewalt

| | |
|---|----------|
| fairmann e.V.: Männerinterventionsstelle | 60.000 € |
| Frauen-helfen-Frauen e.V.: Interventionsstelle für Frauen | 60.000 € |
| Frauen-helfen-Frauen e.V.: Kinderintervention | 15.000 € |
| Frauen-helfen-Frauen e.V., Courage: Nachgehende Beratung für Frauen | 27.300 € |
| Frauen-helfen-Frauen e.V.: Nachgehende Frauenhaus-Kinderberatung | 10.000 € |

2.3 Betreuung der Kinder

Für die Betreuung von häuslicher Gewalt betroffener Kinder konnte – zusätzlich zum Angebot des Kinderschutz-Zentrums – ab September 2007 bei der Interventionsstelle für Frauen eine Stelle geschaffen werden. Dies hat den Vorteil, dass der Zugang erleichtert wird, indem die Kinder betreut werden können, während die Mutter beraten wird.

Abbildung 4: Fallzahlen der betreuten Kinder: Kinder- und Jugendamt, Kinderschutz-Zentrum und Interventionsstelle für Kinder

| | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 |
|--------------------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| Kinder- und Jugendamt | 61 | 36 | 40 | 28 | 18 | * | * | 25 |
| Kinderschutz-Zentrum | 8 | 23 | 24 | 24 | 23 | 31 | 41 | 31 |
| Interventionsstelle für Kinder | | | | 9 | 36 | 35 | 51 | 37 |

* Kinder- und Jugendamt, keine Erhebung wegen Datenerfassungsproblemen
 Kinderschutz-Zentrum, Erhebung ab August 2004
 Interventionsstelle für Kinder, Erhebung ab September 2007

2.4 Kooperation mit Einrichtungen des Gesundheitswesens

- **Interventionsprogramm am Uniklinikum**

Auftaktveranstaltung war die im Herbst 2008 gemeinsam mit dem Uniklinikum durchgeführte Fachtagung für MultiplikatorInnen im Gesundheitswesen. Einbezogen waren auch die übrigen Krankenhäuser und die Heidelberger Ärzteschaft. Ergebnis der Fachtagung war die „Heidelberger Erklärung“ (siehe Anlage 2) zur Installierung eines Interventionsprogramms am Uniklinikum und zur Zusammenarbeit am Runden Tisch.

Das Interventionsprogramm am Uniklinikum firmiert unter dem Logo in Anlehnung an das für HIM entwickelte Logo. Das Interventionsprogramm wurde als Testlauf in den Ambulanzen der Frauen- und der Kopfklinik eingeführt und durch Arbeitskreise koordiniert. Unterstützt werden Fortbildungen für das Klinikpersonal statt.



- **Klinisch-forensische Ambulanz für Gewaltopfer am Institut für Rechtsmedizin**

Nach Neubesetzung der Leitung des Instituts für Rechtsmedizin durch Frau Prof. Yen wurde eine „Gewaltambulanz“ eingerichtet, in der Opfer von Gewalt ihre Verletzungen kostenlos dokumentieren lassen können. Die Ambulanz ist 24 Stunden erreichbar. Die Sicherstellung von Spuren wird für ein Jahr garantiert, so dass Opfer darauf zurückgreifen können, sollten sie sich zu einem späteren Zeitpunkt dazu entschließen, Anzeige zu erstatten.

2.5 ArbeitgeberInnen gegen häusliche Gewalt

Häusliche Gewalt führt zu Beeinträchtigungen der Gesundheit und mindert die Arbeitsleistung Betroffener. Für ArbeitgeberInnen bedeutet dies längere Abwesenheiten und geringere Produktivität sowie eine höhere Personalfuktuation. Immer mehr Unternehmen und Verwaltungen beteiligen sich daher an einer Workplace Policy zum Schutz ihrer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, so auch die Stadtverwaltung Heidelberg:

- **Workplace Policy bei der Stadtverwaltung Heidelberg**

Im zweiten Gleichstellungs-Aktionsplan wurden Vereinbarungen getroffen, häusliche Gewalt zu sanktionieren und Betroffene zu unterstützen.

Sind Beschäftigte der Stadtverwaltung Opfer häuslicher Gewalt, werden sie rechtlich beraten und gegebenenfalls bei strafrechtlichen Maßnahmen unterstützt.

Wenn bekannt wird, dass Beschäftigte der Stadtverwaltung häusliche Gewalt verüben,

fehlt es ihnen an der notwendigen persönlichen und sozialen Kompetenz, die insbesondere für die Eignung als Führungspersonen unverzichtbar sind. Im konkreten Einzelfall wird das Personal- und Organisationsamt prüfen, welche beamtenrechtlichen beziehungsweise arbeitsrechtlichen Möglichkeiten bestehen.

Darüber hinaus sollen die Ächtung von häuslicher Gewalt und die entsprechenden Konsequenzen im Leitbild für Führungskräfte aufgenommen werden.

2.6 Zwangsheirat

Das Themenfeld Zwangsheirat wurde in die Strukturen zu häuslicher Gewalt integriert und der Runde Tisch um Expertinnen und Experten zum Thema erweitert.

- Nach Entwicklung eines Kooperations- und Handlungskonzeptes in der Arbeitsgruppe Zwangsheirat konnten Vereine und Institutionen, die bereits im "Heidelberger Interventionsmodell gegen Gewalt in Beziehungen – HIM" engagiert waren, gewonnen werden, kostenlos und anonym Beratung zum Thema Zwangsheirat anzubieten:
 - Beratung für Mädchen: Frauen helfen Frauen, Frauennotruf, Internationales Frauen- und Familienzentrum
 - Beratung für Mädchen und Jungen: Caritasverband, Diakonisches Werk, Internationaler Bund, Kinderschutz-Zentrum.
- Zum Vernetzungsausbau, vor allem zur Gewährleistung kurzer Wege, wurden nach einem Ämtergespräch im Bürgeramt, im Amt für Soziales und Senioren und im Jobcenter Ansprechpersonen benannt, an die sich die Beratungsstellen wenden können.
- Des Weiteren wurden für überregionale Fälle die Zuständigkeiten in der Metropolregion recherchiert. Für den Bedarfsfall sind Vernetzungstreffen geplant.
- Für potentielle Ansprechpersonen Betroffener in Schulen, Jugendarbeit, Ausbildungsstellen et cetera wurde 2011 ein Workshop angeboten, um für das Thema zu sensibilisieren, Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und die bestehenden Hilfseinrichtungen bekannt zu machen.

2.7 Ausblick

- **Lösung für männliche Opfer häuslicher Gewalt und für Täterinnen**

Auch männlichen Opfern häuslicher Gewalt und Täterinnen (siehe Abbildung 5) sollte ein Zugang zum Hilfesystem ermöglicht werden. Da die Trägervereine der Interventionsstellen konzeptionell nicht für die Arbeit mit diesen Personengruppen ausgerichtet sind, hat der Runde Tisch die Erarbeitung einer adäquaten Lösung an eine Unterarbeitsgruppe delegiert. Als erster Schritt wird die bereits vorhandene Angebotsstruktur in Heidelberg erfasst werden.

Abbildung 5: Anzahl der Täter und Täterinnen bei Einsätzen häusliche Gewalt (hG)

| | 2000 | 2001 | 2002 | 2003 | 2004 | 2005 | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 | 2011 |
|---------------------------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|------|
| Polizeieinsätze hG | 16 | 28 | 45 | 106 | 174 | 95 | 141 | 101 | 88 | 102 | 103 | 81 |
| Täter | 16 | 27 | 41 | 94 | 160 | 89 | 130 | 95 | 80 | 91 | * | 71 |
| Täterinnen | | 1 | 4 | 10 | 9 | 6 | 11 | 6 | 8 | 11 | * | 11 |
| Prozent Täterinnen | | 3,6 | 8,9 | 9,4 | 5,6 | 6,3 | 7,8 | 5,9 | 9,1 | 10,8 | | 13,6 |

* Anzahl nicht bekannt

Wieviele Platzverweise gegen Frauen ausgesprochen wurden, ist nicht erfasst.

2011 waren in einem Fall beide gewalttätig

- **Gewährleistung eines niedrigschwelligen Zugangs zum Hilfesystem**

Plakatwerbung

Die Arbeit der Interventionsstellen gewinnt außerhalb des Platzverweisverfahren mehr und mehr an Bedeutung. Ein niedrigschwelliger Zugang zu diesen Hilfsangeboten sollte daher gewährleistet sein. Ein Garant für die Steigerung des Bekanntheitsgrades sind die City-light-Plakataktionen mit großflächigen Plakaten in drei Sprachen an ÖPNV-Haltestellen, die ein Jahr lang an wechselnden Standorten zu sehen sind. Die letztmals 2007/2008 durchgeführte Plakataktion führte zu einem deutlichen Anstieg der Beratungszahlen (siehe Abbildung 1 + 2). Dieser nachhaltige Effekt sollte genutzt und die Plakataktion wiederholt werden. Die Firma Degesta hat bereits signalisiert, dass die bisherigen Sonderkonditionen weiterhin gewährt werden. Die benötigten Mittel sind im Haushalt 2013/2014 angemeldet.

Flyer

Nicht mehr zutreffende Angaben machen eine Überarbeitung des Flyers notwendig. Eine Arbeitsgruppe wurde mit der Entwicklung von Entwürfen beauftragt, die dem Runden Tisch zur Entscheidung vorgelegt werden. In Druckform soll es den Flyer wegen der Praktikabilität nur noch in Deutsch geben mit Hinweis und Link zu den Fremdsprachenversionen auf der Website der Stadt.

- **Fusion Polizeidirektion Heidelberg und Polizeipräsidium Mannheim**

Beibehaltung von Standards im Platzverweisverfahren

Auch nach dem Wechsel des Führungsstabes der Schutz- und Verkehrspolizei nach Mannheim sollte die bisherige erfolgreiche Kooperation mit HIM unbedingt beibehalten werden. Herr Polizeidirektor Fuchs wurde um Unterstützung gebeten, bei der Neuorganisation bewährte vorhandene Strukturen zu übernehmen, wie die Mitarbeit am Runden Tisch, die Beibehaltung der Sonderzuständigkeiten „SachbearbeiterInnen häusliche Gewalt“ in den Revieren, die Vernetzungstreffen mit den Interventionsstellen und der Verweis an diese Anlaufstellen bei den Einsätzen häuslicher Gewalt.

3. Tätigkeitsberichte und Stellungnahmen der zentralen am Platzverweis-/Wohnungsverweisverfahren beteiligten Stellen

3.1 Staatliche Intervention: Polizei, Ortspolizeibehörde und Justiz

Name der Maßnahme:

Wohnungsverweisverfahren bei Vorliegen von häuslicher Gewalt

Name des Trägers / der Träger:

Polizeidirektion Heidelberg (Heidelberg Stadt), Ortspolizeibehörde, Justiz

Unser Auftrag / unsere Leistung / unser Ziel:

Zielgruppe/n:

Höhe Leistungsentgelt der Stadt Heidelberg:

–

Anzahl der Personalstellen / Qualifikation:

–

Womit messen wir den Erfolg der Maßnahme?

–

Kritische Abwägung und ggf. Erläuterung von Zielkonflikten:

–

| Statistik: | | |
|---|---|---------------------|
| Jahr | | 2011 |
| Polizeieinsätze häusliche Gewalt | | 81 |
| Polizei: Wohnungsverweis | | 10 |
| Ortspolizeibehörde: Aufenthalts- und Betretungsverbot | Einmalig verlängert | 7 |
| | Mehrmals verlängert | |
| Täter/Täterinnen | Mann | 71 |
| | Frau | 11 |
| Opfer | Frau | 71 |
| | Mann | 11 |
| Kinder/Jugendliche im Haushalt | Haushalte | 24 |
| | Anzahl Kinder/Jugendliche | 39 |
| Maßnahmen | Meldung an Kinder- und Jugendamt | 24 |
| | Hinweis auf Männerinterventionsstelle | Keine exakten Daten |
| | Hinweis auf Interventionsstelle für Frauen und Kinder | Keine exakten Daten |
| Fallzahlen Stalking | | 19 |

| | | |
|--|-----------------------------------|------|
| Statistik: | | |
| Jahr | | 2011 |
| Fallzahlen Zwangsheirat | | |
| Maßnahmen Justiz Erhebung erfolgt ab 2012 | Verfahren Beziehungsgewalt, davon | |
| | • Einstellung | |
| | • Anklageerhebung | |
| | • Auflage Anti-Gewalt-Training | |
| | | |
| | Verfahren nach Gewaltschutzgesetz | |

Gesamtbetrachtung:

Die Fallzahlen häusliche Gewalt und damit korrelierend die Anzahl der polizeilichen Wohnungsverweisungen war in 2011 im Gegensatz zu den Vorjahren leicht rückläufig, bleibt aber auf einem hohen Niveau und ist in der Mehrjahresbetrachtung eine Entwicklung, die sich schon mehrfach wiederholt hat.

In der Zusammenarbeit mit HIM bleibt von Seiten der Polizei festzuhalten, dass diese sich, insbesondere mit den SachbearbeiterInnen häusliche Gewalt bei den Polizeirevieren, verfestigt und abermals bewährt hat. Die positiven Auswirkungen des direkten Kontaktes mit allen am Verfahren Beteiligten können im Einzelfall nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dies gilt vor allem für den Kontakt mit den Interventionsstellen, der nach wie vor kontinuierlich belebt werden soll, damit im Falle eines Einsatzes die Möglichkeiten des HIM-Netzes optimal ausgeschöpft werden können.

Die Kooperation der Justizorgane und der am Wohnungsverweisverfahren Beteiligten ist nach wie vor durchweg positiv, sei es durch die Thematisierung grundsätzlicher Problemstellungen am Runden Tisch oder die fallbezogene Klärung im direkten Gespräch mit der Interventionsstelle. Die unterstützende intensive Beratung und Begleitung der Opfer durch die Interventionsstelle führt dazu, dass ein Zeugnisverweigerungsrecht sehr viel weniger in Anspruch genommen wird und daher mehr Verfahren eingeleitet werden können. Genutzt wird auch die Möglichkeit des Weiterverweises von GewalttäterInnen an die Männerinterventionsstelle als sinnvolle Ergänzung zur Gewaltprävention und Intervention bei häuslicher Gewalt.

Die Datenerhebungen der Justiz umfassen den gesamten Zuständigkeitsbereich, eine Separierung der auf Heidelberg bezogenen Fallzahlen konnte nicht ermöglicht werden. Ab 2012 hat sich die Polizei bereit erklärt, die Auswertung der Falldaten zu übernehmen.

3.2 Unterstützung und Begleitung für Frauen

Name der Maßnahme:

Interventionsstelle für Frauen und Kinder

Name des Trägers / der Träger:

Frauen helfen Frauen e.V. Heidelberg

Unser Auftrag / unsere Leistung / unser Ziel:

Die Interventionsstelle für Frauen bietet Beratung für Opfer häuslicher Gewalt im Wohnungsverweisverfahren. Sie berät Frauen in Bezug auf die gegen sie ausgeübte Gewalt, deren Folgen, ihre dadurch bedingte Situation und arbeitet auf konstruktive Lösungsansätze hin. Die In-

terventionsstelle ist die Schnittstelle zu den anderen am Wohnungsverweisverfahren und seinen Folgen beteiligten Personen, Behörden und sonstigen Institutionen. Sie stellt sicher, dass die aus der Gewaltsituation resultierenden Maßnahmen zeitnah ergriffen werden.

Die spezifischen Aufgaben der Interventionsstelle sind:

- **Pro-aktiver Ansatz:** Die Interventionsstelle arbeitet nach einem so genannten pro-aktiven Ansatz. Das bedeutet, dass nicht gewartet wird, bis die Frau den Weg in die Einrichtung findet, sondern dass sie schriftlich oder telefonisch Hilfe angeboten bekommt. Es ist wichtig, den Betroffenen „ein Stück des Weges entgegenzugehen“, denn es ist bekannt, dass bei Opfern familiärer Gewalt die Schwelle, eine Hilfseinrichtung aufzusuchen, hoch ist. Das Hilfsangebot ist natürlich freiwillig und die Frau entscheidet, ob sie es in Anspruch nimmt oder nicht.
- **Sicherheitsplanung:** Zu den zentralen Aufgaben der Interventionsstelle gehört die Einschätzung der Gefährlichkeit und die Sicherheitsplanung mit den Frauen. Dabei ist es sehr wichtig festzustellen, ob die Wegweisung genügend Schutz bietet, oder ob die Betroffenen in einer sicheren Unterkunft, zum Beispiel in einem Frauenhaus, untergebracht werden müssen.
- **Mittel- und längerfristige Beratung, Follow-up:** Gewalt in der Familie ist ein Problem, das nicht schnell gelöst werden kann. Daher dürfen auch die Unterstützung der Betroffenen sowie die präventiven Maßnahmen gegen Gewalt nicht zu schnell beendet werden. Sie sollten im Idealfall erst dann enden, wenn es keine Gewalt mehr gibt.
- **Stalking** gehört zu einem wichtigen Bestandteil der Beratungsangebote in der Interventionsstelle. Stalking beschreibt das vorsätzliche und beharrliche Nachstellen und Belästigen einer anderen Person, so dass diese in ihrer Lebensführung stark beeinträchtigt wird. Die Stalker suchen den Kontakt zu den Opfern oft über einen längeren Zeitraum, auch wenn diese durchgängig und eindeutig den Kontakt ablehnen. In der Beratung von Stalking-Opfern geht es neben der Risikoanalyse und Einschätzung der psychosozialen Beeinträchtigung vor allem auch um die Vermittlung von Verhaltensweisen im Umgang mit Stalking und die Einleitung weiterer Maßnahmen.
- **Koordinierung und Vernetzung:** Ein weiterer wichtiger Arbeitsbereich der Interventionsstelle ist die Koordinierung der Interventionen und die laufende Verbesserung der Zusammenarbeit aller mit dem Problem befassten Institutionen. Zudem gibt es einen fachlichen Austausch auf kommunaler Ebene, Landesebene und Bundesebene.
- **Sensibilisierung der Öffentlichkeit** über Ausmaß, Folgen und Hintergründe von Gewalt gegen Frauen und Kinder.

Zielgruppe/n:

Frauen, die akut häusliche Gewalt erleben.

Höhe Leistungsentgelt der Stadt Heidelberg:

60.000 €

Anzahl der Personalstellen / Qualifikation:

päd./ psych. Fachkraft 35,7 Std./ Woche, davon 3,7 Std./ Woche Verwaltungsanteil

päd./ psych. Fachkraft Vertretung auf 400 € Basis

Womit messen wir den Erfolg der Maßnahme?

Der Verein Frauen helfen Frauen Heidelberg ist Mitglied im Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe Frauen gegen Gewalt e.V. und arbeitet nach deren Qualitätsstandards (www.bv-bff.de).

Kritische Abwägung und ggf. Erläuterung von Zielkonflikten:

Klientinnenanzahl im Vergleich zum Vorjahr rückläufig.

Kooperation mit Polizei und Uniklinikum muss weiter ausgebaut und intensiviert werden.

| Statistik: | | |
|------------------|--------------------------------------|--------------------|
| Jahr | | 2011 |
| Klientinnen | | 143 |
| Anzahl Kinder | | 143 (77 aus HD) |
| Maßnahmen | Einzelgespräche, davon | 885 |
| | ▪ telefonisch/Internet | 711 |
| | ▪ persönlich | 174 |
| | Hausbesuche | 4 |
| | Behördengänge | 4 |
| | Paargespräche, davon | 1 |
| | ▪ in Kooperation mit der Männer-IVSt | 1 |
| | Antrag nach Gewaltschutzgesetz | |
| | Betreuung bei Stalking | 15 |
| | Vermittlung an Courage | 18 |
| Wohnort | Heidelberg | 71 |
| | Rhein-Neckar-Kreis | 47 |
| | andere | 25 |
| Vermittelt durch | Kliniken/Ärzte | 4 |
| | Polizei | 11 |
| | Selbstmeldung | 94 |
| | andere | 34 |

Gesamtbetrachtung:

Im Jahr 2011 war die Anzahl der Frauen, die sich an die Interventionsstelle gewendet haben, im Vergleich zum Vorjahr rückläufig. Die Anzahl der Beratungen insgesamt bleibt jedoch auf dem hohen Niveau des Vorjahres, da die schnelle und adäquate Unterstützung der Frauen einen hohen zeitlichen Aufwand und die Koordination mit diversen Stellen erfordert.

Auffällig ist der Rückgang der Vermittlung von Frauen über die Polizei. Lediglich elf Platzverweise/Wohnungsverweise wurden von der Polizei an die Interventionsstelle vermittelt. Dieser Trend wird bundesweit von den Interventionsstellen beobachtet. Über Kliniken und Arztpraxen wurden vier Frauen an die Interventionsstelle vermittelt.

Sowohl mit den SachbearbeiterInnen häusliche Gewalt der Polizei als auch dem Runden Tisch häusliche Gewalt des Uniklinikums Heidelberg wurde der Kontakt intensiviert. Beides sind wichtige KooperationspartnerInnen in der Intervention gegen häusliche Gewalt. Ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt der Interventionsstelle für Frauen muss daher die Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung bleiben. Zusammen mit den KooperationspartnerInnen in der Stadt muss analysiert werden, wie gewaltbetroffene Frauen besser erreicht werden und institutionelle Strukturen und Kooperationen ausgebaut werden können.

Name der Maßnahme:

Längerfristige Betreuung durch die Frauenberatungsstelle Courage

Name des Trägers / der Träger:

Frauen helfen Frauen e.V. Heidelberg

Unser Auftrag / unsere Leistung / unser Ziel:

- Präventive Beratung und Information für Frauen, die einen Frauenhausaufenthalt erwägen.
- Ambulante Beratung für Frauen, die zum Beispiel aufgrund besserer finanzieller oder sozialer Ressourcen den Schutzort des Frauenhauses nicht benötigen.
- Krisenintervention.
- Unterstützung/rechtliche Beratung für Frauen in schwierigen Trennungs- und Scheidungssituationen.
- Beratung von Nachbarn, Verwandten, Bekannten, Angehörigen.
- Nachgehende Beratung und Unterstützung für Frauen nach einem Frauenhausaufenthalt, zum Teil auch längerfristig (telefonisch und persönlich).
- Weitervermittlung an andere Fachstellen.
- Thematische Gruppenangebote für Frauen in schwierigen Trennungssituationen.
- Frauenfrühstücke und Weihnachtsfest (mit Kinderbetreuung).
- Organisation von Fachvorträgen, zum Beispiel mit einer Fachanwältin für Familienrecht.
- Kostenlose Rechtsberatung einer Rechtsanwältin.
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit über Ausmaß, Folgen und Hintergründe von Gewalt gegen Frauen und Kinder.
- Vernetzungsarbeit, wie die Teilnahme an bundesweiten Facharbeitskreisen.
- Fachberatungsstelle zum Thema Gewalt gegen Frauen und Kinder für andere Einrichtungen.
- Öffentlichkeitsarbeit.

Zielgruppe/n:

Frauen, die häusliche Gewalt erleben.

Frauen, die sich in einer schwierigen Trennungs- und Scheidungssituation befinden.

Nachgehende Beratung für Frauen aus dem Frauenhaus.

Höhe Leistungsentgelt der Stadt Heidelberg:

27.300 €

Anzahl der Personalstellen / Qualifikation:

Päd./ Psych. Fachkraft 25,8 Wochenstunden, davon Verwaltungsanteil 1,8 Wochenstunden

Womit messen wir den Erfolg der Maßnahme?

Der Verein Frauen helfen Frauen Heidelberg ist Mitglied im Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe Frauen gegen Gewalt e.V. und arbeitet nach deren Qualitätsstandards. (www.bv-bff.de)

Kritische Abwägung und ggf. Erläuterung von Zielkonflikten:

In 2011 kam keine Gruppe für Frauen in schwierigen Trennungs- und Scheidungssituationen zustande, da die Gruppengröße nicht erreicht wurde. In 2012 soll diese Gruppe auf jeden Fall wieder angeboten werden.

Das regelmäßige Frauenfrühstück findet großen Anklang. Da zahlreiche Frauen nach dem Frauenhausaufenthalt auf den Emmertsgrund ziehen, sollen in 2012 einzelne Termine für das Frühstück auf dem Emmertsgrund stattfinden.

Das Vortragsangebot wurde in besonderem Maße von Multiplikatorinnen wahrgenommen. Es wird an eine Ausweitung des Themenspektrums gedacht.

| Statistik: | | |
|-----------------------|----------------------------------|---------------|
| Jahr | | 2011 |
| Klientinnen | | 181 |
| Anzahl Kinder | | |
| Maßnahmen | Einzelgespräche, davon | 706 |
| | ▪ telefonisch/Internet | 470 |
| | ▪ persönlich | 236 |
| | Hausbesuche | |
| | Behördengänge | |
| | Paargespräche, davon | |
| | ▪ in Kooperation mit Männer-IVSt | |
| | Antrag nach Gewaltschutzgesetz | |
| | Betreuung bei Stalking | |
| Vermittlung an andere | | |
| Wohnort | Heidelberg | *164 |
| | Rhein-Neckar-Kreis | *72 |
| | andere | |
| Vermittelt durch | Interventionsstelle Frauen | 18 |
| | Selbstmeldung | nicht erfasst |
| | andere | 163 |

*Erhebung bei den persönlichen Beratungen, entspricht nicht den Klientinnenzahlen

Gesamtbetrachtung:

Die Anzahl der telefonischen Beratungen der von Gewalt betroffenen Frauen war in diesem Jahr besonders groß, wohingegen die Anzahl der persönlichen Beratungen etwas zurück ging. Beratungen per E-Mail wurden nur vereinzelt angefragt. In den überwiegenden Fällen waren Kinder beteiligt, sodass es in der Beratung oft auch um Regelungen in Bezug auf Umgang und Unterhaltsansprüche ging. Von vielen Frauen wurde das Beratungsangebot mehrfach in Anspruch genommen, zum Teil auch regelmäßig, um die eigene Situation wieder zu stabilisieren. Da es nur wenige Anfragen nach einem Gruppenangebot für Frauen in Trennungssituationen gab, wurde von einem entsprechenden Angebot in diesem Jahr abgesehen.

Angebote für ehemalige und derzeitige Bewohnerinnen des Frauenhauses

In regelmäßigen Abständen werden ehemalige Bewohnerinnen des Frauenhauses und die aktuell im Frauenhaus lebenden Frauen zu einem Frauenfrühstück eingeladen um den Kontakt aufrecht zu erhalten und die Schwelle für eine neuerliche Unterstützung möglichst niedrig zu halten. Für die Frauen sind diese Treffen eine gute Möglichkeit sich über ihre Erfahrungen auszutauschen und neue Kontakte zu knüpfen.

Fachvorträge und Rechtsberatung

Im Jahr 2011 wurden vier Fachvorträge zu Regelungen der elterlichen Sorge und zum Unterhaltsrecht bei Trennung und Scheidung von Fachanwältinnen für Familienrecht gehalten. Er-

gänzt wird dieses Angebot durch eine einmal im Monat stattfindende rechtliche Kurzberatung durch eine Fachanwältin, um individuelle Fragen zu klären

3.3 Betreuung der Kinder

Name der Maßnahme:

–

Name des Trägers / der Träger:

Kinder- und Jugendamt

Unser Auftrag / unsere Leistung / unser Ziel:

Entsprechend den gesetzlichen Regelungen des SGB VIII bietet der ASD des Kinder- und Jugendamtes:

1. Beratung
 - in Fragen der Erziehung und Entwicklung junger Menschen
 - in Fragen der Partnerschaft, Trennung, Scheidung und des Umgangsrechts
 - von Kindern und Jugendlichen in Not- und Konfliktlagen
2. Hilfen zur Erziehung / Eingliederungshilfen für seelisch behinderte junge Menschen / Hilfen für junge Volljährige
3. Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung
4. Mitwirkung in familiengerichtlichen Verfahren

Besonderheit: Umfassende Hilfen zum Schutz des Kindeswohls auf der Grundlage der §§ 8a und 42 SGB VIII

Zielgruppe/n:

Familien, junge Menschen, Fachkräfte, Bürgerinnen und Bürger im Stadtgebiet Heidelberg

Höhe Leistungsentgelt der Stadt Heidelberg:

–

Anzahl der Personalstellen / Qualifikation:

–

Womit messen wir den Erfolg der Maßnahme?

–

Kritische Abwägung und ggf. Erläuterung von Zielkonflikten:

–

| Statistik: | | |
|------------------|-----------------------------------|------|
| Jahr | | 2011 |
| Familien | | 11 |
| Kinder | | 25 |
| Alter | Vorschulalter | 7 |
| | Schulalter | 16 |
| | Über 18 Jahre (ohne Zwangsheirat) | 2 |
| Vermittelt durch | Familienangehörige | 1 |
| | Interventionsstelle | 0 |
| | Polizei | 9 |
| | andere | 1 |

| Statistik: | | |
|----------------------|-------------------|------|
| Jahr | | 2011 |
| Betreuung | 6 – 8 Wochen | 8 |
| | Längere Betreuung | 3 |
| Gefährdungsprüfung | | 8 |
| Kindeswohl gefährdet | | 1 |

Gesamtbetrachtung:

Die Entwicklung der Fallzahlen beim Kinder- und Jugendamt im Aufgabenfeld häusliche Gewalt ist nach einem kontinuierlichen Rückgang in den ersten Jahren stabil auf einem niedrigen Niveau. Jährlich werden circa 10 – 15 Familien mit 20 – 30 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in diesem Problemfeld vom Kinder- und Jugendamt betreut. Aufgrund von Datenerfassungsproblemen steht für die Jahre 2009 und 2010 leider keine genaue Statistik zur Verfügung. Im Jahr 2011 waren es 11 Familien mit 25 Kindern aller Altersstufen. Wie seit Beginn der statistischen Erhebungen zu HIM informierte in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle (9 Familien) die Polizei über einen entsprechenden Bericht die Jugendbehörde. In der Regel (2011 bei 8 Familien) war der Klärungs- und Hilfeprozess innerhalb von 6 – 8 Wochen beendet und beinhaltete auch die Prüfung des Verdachtes einer Kindeswohlgefährdung (2011 in 8 Familien). Nur in wenigen Einzelfällen (2011: 1 Familie mit 3 Kindern) bestätigte sich der Verdacht. Die im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt bestehenden Frage- und Aufgabenstellungen gehören zur Routine der Fachkräfte in der behördlichen Sozialarbeit. Besondere Ereignisse oder Entwicklungen waren im Berichtszeitraum nicht zu beobachten.

Name der Maßnahme:

Interventionsstelle für Kinder

Name des Trägers / der Träger:

Frauen helfen Frauen e.V. Heidelberg

Unser Auftrag / unsere Leistung / unser Ziel:

- Aufsuchende und ambulante Beratung für Mädchen und Jungen, die ZeugInnen häuslicher Gewalt wurden und/oder selbst von Gewalt betroffen sind
- Krisenintervention
- Beratung, Kooperation und Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen über das Thema Kinder als ZeugInnen von häuslicher Gewalt
- Weitervermittlung an andere Fachstellen
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit über Ausmaß, Folgen und Hintergründe von Gewalt gegen Frauen und Kinder
- Vernetzungsarbeit
- Fachberatungsstelle zum Thema Gewalt gegen Frauen und Kinder für andere Einrichtungen
- Öffentlichkeitsarbeit

Zielgruppe/n:

Die Interventionsstelle für Kinder bietet parallel zur Interventionsstelle für Frauen ein Beratungsangebot für Kinder und junge Frauen an, die häusliche Gewalt miterlebt haben und/oder selbst Opfer von häuslicher Gewalt wurden.

Das Thema Zwangsheirat hat sich weiterhin als fester Bestandteil des Beratungsangebots auch im Jahr 2011 etabliert (siehe Gesamtstatistik und Gesamtbetrachtung zum Thema Zwangsheirat)

Höhe Leistungsentgelt der Stadt Heidelberg:

15.000 €

Anzahl der Personalstellen / Qualifikation:

Päd./ Psych. Fachkraft mit 11,2 Wochenstunden, davon Verwaltungsanteil 1,2 Wochenstunden

Womit messen wir den Erfolg der Maßnahme?

Der Verein Frauen helfen Frauen Heidelberg ist Mitglied im Bundesverband der Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe Frauen gegen Gewalt e.V. und arbeitet nach deren Qualitätsstandarts. (www.bv-bff.de)

Kritische Abwägung und ggf. Erläuterung von Zielkonflikten:

Parallel zur Interventionsstelle für Frauen ging 2011 die Anzahl der beratenen Kinder, Mädchen und jungen Frauen zurück.

Die Kooperation mit Polizei und Jugendamt muss weiter ausgebaut und intensiviert werden.

| Statistik: | | |
|-------------------|-----------------------------------|------|
| Jahr | | 2011 |
| Kinder | | 32 |
| Alter | Vorschulalter | 11 |
| | Schulalter | 14 |
| | Über 18 Jahre (ohne Zwangsheirat) | 7 |
| Maßnahmen | Einzelgespräche, davon | 96 |
| | ▪ telefonisch | 49 |
| | ▪ persönlich | 46 |
| | Gruppenangebot / Familiengespräch | |
| | Hausbesuch | 1 |
| Wohnort | Heidelberg | 19 |
| | Rhein-Neckar-Kreis | 10 |
| | andere | 3 |
| Vermittlung durch | Ausbildungsstelle | 1 |
| | Frauenhaus | |
| | Interventionsstelle | 11 |
| | Jugendamt | 1 |
| | Kliniken/Ärzte | 2 |
| | Polizei | |
| | Schule | 6 |
| | Selbstmeldungen | 5 |
| | Verwandte/Freunde | 3 |
| | andere | 3 |

Gesamtbetrachtung:

Parallel zur Interventionsstelle für Frauen ging 2011 die Anzahl der beratenen Kinder, Mädchen und jungen Frauen zurück. Die Gesamtzahl der Beratungen blieb insgesamt auf einem hohen Niveau.

Stärker vertreten waren 2011 Kinder im Vorschulalter und Grundschulkindern.

Im Vordergrund stand bei der Arbeit mit dieser Zielgruppe die Enttabuisierung der miterlebten häuslichen Gewalt, Sicherheit und Schutz der Kinder, wie auch die Gestaltung der Umgangskontakte mit dem Vater. Ziel dieser Beratungen war daneben, die Kinder mit ihren eigenen Gefühlen und Bedürfnissen wahrzunehmen und den Blick auch wieder auf die jeweiligen Stärken und Fähigkeiten zu lenken.

Hierbei spielte die Suche nach Entlastungsmöglichkeiten dieser Kinder, die von vielen Ängsten, Schuld- und Schamgefühlen geplagt sind und ihre momentane Lebenssituation als unvorhersehbar und unberechenbar erleben, eine zentrale Rolle. In der Beratung ging es oft darum, mit der Mutter kindgerechte Formulierungen zu erarbeiten, um die Kinder über die aktuelle Lage und Zukunftsplanung zu informieren und sie dadurch wieder mehr zu Subjekten ihrer Lebenssituation zu machen. Dazu gehörte auch die Anbindung an ressourcenstärkenden Stellen im Lebensumfeld und Weiterverweisung in langfristige Unterstützungsmaßnahmen.

Ältere Mädchen und junge Frauen wandten sich wegen Gewalterfahrungen in eigenen Beziehungen und in der Peergroup oder durch die eigene Familie an die Interventionsstelle für Kinder. Ein Teil dieser Zielgruppe war zudem durch starke familiäre Kontrolle an einer selbstbestimmten Lebensführung gehindert.

Die persönliche Beratung bei stark überwachten Mädchen und jungen Frauen fand mehrmals aufsuchend an Schulen, Ausbildungsstellen oder anderen neutralen Orten statt und drehte sich überwiegend um konkrete Handlungsmöglichkeiten, insbesondere wenn es darum ging die Familie zu verlassen. In diesem Bereich handelte es sich überwiegend um Mehrfachberatungen.

Name der Maßnahme:

Betreuung von Eltern und Kindern im Kontext häuslicher Gewalt und Fachberatung

Name des Trägers / der Träger:

Kinderschutz-Zentrum (KSZ) der AWO Heidelberg

Unser Auftrag / unsere Leistung / unser Ziel:

Unterstützung betroffener Personen und ihres Umfeldes, auch und gerade als Krisenbegleitung.

Zielgruppe/n:

Kinder und Jugendliche, die häusliche Gewalt miterleben, Eltern, die in einer gewalttätigen Beziehung leben und pädagogische und therapeutische Fachkräfte, die mit dieser Thematik konfrontiert sind.

Höhe Leistungsentgelt der Stadt Heidelberg:

Für den hier berichteten Bereich unserer Arbeit gibt es kein gesondert ausgewiesenes Leistungsentgelt. Sitzungen werden, wie zum Beispiel auch Fälle von sexualisierter Gewalt, einzeln mit der Stadt Heidelberg abgerechnet, wenn die KlientInnen in Heidelberg leben.

Anzahl der Personalstellen / Qualifikation:

4 Fachkräfte (2 Diplompsychologen, 1 Diplom-Sozialarbeiterin, 1 Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutin), alle mit verschiedenen therapeutischen Zusatzqualifikationen, teilen sich 2,95 Stellen.

Womit messen wir den Erfolg der Maßnahme?

Verbesserung der Situation der betroffenen Kinder beziehungsweise Jugendlichen. (Schutz und Wohl des Kindes stehen im Zentrum.)

Kritische Abwägung und ggf. Erläuterung von Zielkonflikten:

–

| Statistik: | | |
|-------------------|-----------------------------------|------|
| Jahr | | 2011 |
| Kinder | | 31 |
| Alter | Vorschulalter | 6 |
| | Schulalter | 24 |
| | Über 18 Jahre (ohne Zwangsheirat) | 1 |
| Maßnahmen | Einzelgespräche, davon | |
| | ▪ telefonisch | 41 |
| | ▪ persönlich | 68 |
| | Familiengespräch | 9 |
| | Fachberatungen | 73 |
| Wohnort | Heidelberg | 19 |
| | Rhein-Neckar-Kreis | 12 |
| | andere | |
| Vermittlung durch | Ausbildungsstelle | |
| | Frauenhaus | 2 |
| | Interventionsstelle | 1 |
| | Jugendamt | 7 |
| | Kliniken/Ärzte | 1 |
| | Polizei | |
| | Schule | 5 |
| | Selbstmeldungen | 14 |
| | Verwandte/Freunde | 1 |
| andere | | |

Gesamtbetrachtung:

Häusliche Gewalt wird heute als eine Form von Gewalt gegen Kinder wahrgenommen. Auch wenn Kinder „nur“ Zeuge von häuslicher Gewalt werden, kann das gravierende Auswirkungen haben. Das Kinderschutz-Zentrum, als auf das Thema Gewalt gegen Kinder spezialisierte Beratungsstelle, ist deshalb auch für diesen Bereich zuständig.

In unserer Fallstatistik werden alle Fälle aufgelistet, die in dem betreffenden Jahr Beratungsgespräche im KSZ wahrgenommen haben, daher kann ein „Fall“ auch in zwei aufeinanderfolgenden Jahren auftauchen.

Ein wichtiger Bereich unserer Arbeit im Themengebiet häusliche Gewalt ist die Fachberatung von KollegInnen aus anderen pädagogischen (zum Beispiel Kita, Sozialpädagogische Familienhilfe, Schulsozialarbeit) oder therapeutischen Einrichtungen, die mit diesem Thema konfrontiert werden.

Aufgrund der im Vergleich zu unserem Einzugsgebiet und der Fülle an Aufgabenfeldern geringen Kapazität, ist eine längerfristige therapeutische Begleitung betroffener Kinder beziehungsweise Familien nicht möglich. Der Schwerpunkt in der Arbeit der MitarbeiterInnen des KSZ liegt in der Krisenbegleitung und der Entwicklung weiterer Handlungsschritte gemeinsam mit unseren KlientInnen.

3.4 Arbeit mit Männern

Name der Maßnahme:

Männerinterventionsstelle – Arbeit mit Tätern (und interimweise mit Täterinnen)

Name des Trägers / der Träger:

fairmann e.V., Heidelberger Verein für Gewaltprävention und Intervention

Unser Auftrag / unsere Leistung / unser Ziel:

Therapeutische Arbeit mit gewalttätig gewordenen Männern / Verantwortungsübernahme und Verhaltensänderung durch Einzelsitzungen und Anti-Gewalt-Trainingsgruppen.

Zielgruppe/n:

Männer, die in Beziehungen verbale und/oder physische Gewalt ausgeübt haben.

Höhe Leistungsentgelt der Stadt Heidelberg:

60.000 €

Anzahl der Personalstellen / Qualifikation:

Zwei Psychotherapeuten, Dipl. Sozialpädagoge, Anti-Gewalt-Trainer

Womit messen wir den Erfolg der Maßnahme?

Vervierfachung der Zahl der Männer, die seit Beginn der Maßnahme zu uns kommen, Rückmeldungen der Partnerinnen, Rückmeldungen der Netzwerkpartner und die stetig steigende Zahl der Selbstmelder.

Kritische Abwägung und ggf. Erläuterung von Zielkonflikten:

Ursprünglich waren wir nur für gewalttätige Männer zuständig, in Ermangelung einer Fachstelle für Täterinnen, betreuten wir auch diese.

| Statistik: | | |
|----------------------|--|------|
| Jahr | | 2011 |
| Klienten/Klientinnen | Männer | 146 |
| | Frauen | 3 |
| Maßnahmen | Einzelgespräche, davon | |
| | ▪ telefonisch/Internet | 402 |
| | ▪ persönlich | |
| | Paargespräche, davon | 48 |
| | ▪ in Kooperation mit IVSt Frauen | 1 |
| | Therapiesitzungen / Anti-Gewalt-Training | 953 |
| | Kooperation mit anderen Stellen | 8 |
| Wohnort | Heidelberg | 117 |
| | Rhein-Neckar-Kreis | 25 |
| | andere | 7 |

| Statistik: | | |
|------------------|-----------------------|------|
| Jahr | | 2011 |
| Vermittelt durch | AG/Familiengericht | 3 |
| | AG/Strafgericht | 16 |
| | Beratungsstellen | 33 |
| | Bewährungshilfe | 16 |
| | Gerichtshilfe | 1 |
| | Jugendamt | 12 |
| | Justizvollzugsanstalt | |
| | Landgericht | |
| | Polizei | 10 |
| | Selbstmeldung | 43 |
| | Staatsanwaltschaft | |
| | andere | 15 |

Gesamtbetrachtung:

Tätigkeit der Männerinterventionsstelle HIM im Jahr 2011

Die Arbeit der Männerinterventionsstelle ist weiterhin sehr erfolgreich. Die Inanspruchnahme unserer therapeutischen Arbeit hat sich auf einem hohen Niveau eingependelt, damit ist aber auch die Grenze unserer momentanen Leistungsfähigkeit überschritten.

Um den Männern den Zugang zu unserem Angebot zu erleichtern und dem immer wieder laut werdenden Vorwurf der Diskriminierung von Männern entgegenzuwirken, wurde die „Täterinterventionsstelle“ mit Beschluss des Runden Tisches in „Männerinterventionsstelle“ umbenannt. Zudem hat der neue, aussagekräftigere Vereinsname „fairmann e.V.“, Heidelberger Verein für Gewaltprävention und Intervention, im Zusammenspiel mit den neuen fairmann Flyern und dem geänderten Internetauftritt, unser Angebot wesentlich niedrighwelliger gemacht. Wir erreichen jetzt Männer, die zu einer Täterinterventionsstelle nicht gekommen wären.

Dieser Vorteil, des niedrighwelligen Zugangs erweitert aber auf der anderen Seite die Bandbreite der Männer, die bei uns Hilfe suchen. Darauf möchte ich aber im Bericht „Männer als Opfer von Gewalt“ eingehen.

Hilfsangebote der Männerinterventionsstelle

- therapeutische Arbeit mit gewalttätig gewordenen Männer und Frauen
- Telefon- und Internetberatungen
- Therapeutische Einzelsitzungen
- Paargespräche
- Anti-Gewalt-Trainingsgruppen
- therapeutischen Arbeit mit Männer, die Opfer von Gewalt wurden
- der Öffentlichkeitsarbeit für die Männerinterventionsstelle, im Sinne der Gewaltprävention und Intervention

Die Beratung und therapeutische Arbeit

Im Laufe des Jahres 2011 wurde mit insgesamt 149 Männern und Frauen zum Thema Gewalt gearbeitet. Die Art und Intensität der Kontakte und der daraus resultierenden Arbeit waren sehr unterschiedlich. Sie reichten vom beratenden Telefongespräch oder einer Internetberatung über therapeutische Einzelsitzungen und Paargespräche, bis zu einer Begleitung von Männern mit wöchentlichen Sitzungen und der Teilnahme an einer der von uns angebotenen Anti-Gewalt-Trainingsgruppen.

Da wir nicht nur beratend, sondern auch therapeutisch mit den Männern arbeiten, schicken wir diese in der Regel nicht weiter, außer es besteht eine Alkohol- oder Drogenabhängigkeit oder eine psychotische Persönlichkeitsstörung. Dies spiegelt sich in einem erhöhten Zeitaufwand pro Klient wieder.

Ziel der Arbeit war neben dem Erlernen von alternativen Verhaltensmustern in Stress- und Spannungssituationen eine Erhöhung der Frustrationstoleranz und der Impulskontrolle insbesondere in Beziehungen. Bei längeren Kontakten mit Einzelkunden wurde, neben dem verhaltenstherapeutischen Schwerpunkt, Wert auf das Erlernen sozialer Kompetenzen und gewaltfreier Kommunikation gelegt.

Um das Beziehungsmuster von Paaren, die sich trotz Gewalt in der Beziehung entschlossen hatten weiter zusammen zu bleiben, besser kennen zu lernen, fanden 48 Paargespräche statt. Dies hatte auch den Vorteil, Fortschritte in der Therapie zu erkennen und herauszufinden, wie die typischen Streitverläufe in den Beziehungen abliefen.

Dies kann und soll keine paartherapeutische Arbeit ersetzen, es bietet aber eine effektive Kontrolle über die Wirksamkeit der stattgefundenen Interventionen.

Neben den Einzelsitzungen mit den Klienten fanden zwei Antigewaltgruppentrainings mit insgesamt 18 Männern statt. Diese finden wöchentlich, über einen Zeitraum von je 26 Wochen für jeweils 1,5 Stunden statt.

Der jüngste Mann, mit dem wir im Rahmen der Männerinterventionsstelle in 2011 arbeiteten, ist 17 Jahre und hatte seine Schwester verprügelt, der älteste ist 72 Jahre alt, wobei die Gewalt in der Ehe mehr als 30 Jahren besteht. Insgesamt ist der Trend aber, wie in den letzten Jahren zu immer jüngeren Männern, die zu uns kommen, anhaltend.

Die Zugangswege sind sehr vielfältig, wobei unser Konzept eines Angebots, das keine Strafverfolgung oder rechtliche Konsequenzen impliziert, sich in der hohen Zahl der „Selbstmelder“ niederschlägt. Hierbei ist der Kontakt über unsere Internetpräsenz bei den Männern ein oft genannter Zugangsweg.

Die Nationalität der Männer und Frauen war in den meisten Fällen deutsch, wobei die Einordnung von Männern mit Migrationshintergrund in zweiter oder auch schon dritter Generation oft schwer fällt.

Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung

Wir haben, auch um die Namensänderung in „Männerinterventionsstelle“ publik zu machen, mehrere hundert Flyer an viele Beratungsstellen, Ämter, Dienststellen und RichterInnen verschickt und zu diesen persönlich Kontakt aufgenommen.

Beim letzten Treffen mit den Sachbearbeitern häusliche Gewalt der Polizei Heidelberg wurde vereinbart, dass die Interventionsstellen ihre Arbeit in den einzelnen Revieren den Beamten im Streifendienst vorstellen. Dies fand im Dezember in der Polizeidirektion Mitte statt, wo wir unsere Arbeit in einem Vortrag vorstellen konnten.

Eine Wiederholung der Plakataktion wäre bestimmt unterstützend sinnvoll, um in der Breite der Bevölkerung das Thema häusliche Gewalt wieder mehr präsent zu machen.

Fazit

Die Männerinterventionsstelle ist ein erfolgreiches Instrument, nicht nur um bei schon bestehender Gewalt von Männern zu intervenieren, sondern auch durch die intensive therapeutische Begleitung den Kreislauf der Gewalt in Beziehungen präventiv zu durchbrechen.

Da mittlerweile ein großer Teil der Männer zu uns kommt, bevor staatliche Stellen aktiv werden mussten, erspart dies den betroffenen Frauen und Kindern viel Leid und traumatische Erfahrungen, die sich in ihrem weiteren Lebensweg auswirken können.

Name der Maßnahme:

Männerinterventionsstelle – Betreuung von männlichen Opfern

Name des Trägers / der Träger:

fairmann e.V., Heidelberger Verein für Gewaltprävention und Intervention

Unser Auftrag / unsere Leistung / unser Ziel:

Therapeutische Arbeit mit gewalttätig gewordenen Männern / Verantwortungsübernahme und Verhaltensänderung durch Einzelsitzungen und Anti-Gewalt-Trainingsgruppen.

Zielgruppe/n:

Männer, die in Beziehungen verbale und/oder physische Gewalt ausgeübt haben.

Höhe Leistungsentgelt der Stadt Heidelberg:

– bislang nicht bezuschusst, da in ursprünglicher Konzeption nicht vorgesehen

Anzahl der Personalstellen / Qualifikation:

Zwei Psychotherapeuten, Dipl. Sozialpädagoge, Anti-Gewalt-Trainer

Womit messen wir den Erfolg der Maßnahme?

Vervierfachung der Zahl der Männer, die seit Beginn der Maßnahme zu uns kommen, Rückmeldungen der Partnerinnen, Rückmeldungen der Netzwerkpartner und die stetig steigende Zahl der Selbstmelder.

Kritische Abwägung und ggf. Erläuterung von Zielkonflikten:

Der Auftrag der Männerinterventionsstelle beschränkt sich auf die Arbeit mit gewalttätigen Männern. Die ständig steigende Zahl von Männern mit schweren, traumatischen Gewalterfahrungen, die bei uns Hilfe sucht, konnten wir jedoch nicht abweisen, da es in Heidelberg keine hierfür zuständige Stelle gibt.

| Statistik: | | |
|------------------------|----------------------------------|------|
| Jahr | | 2011 |
| Klienten | | 22 |
| Maßnahmen | Einzelgespräche, davon | |
| | ▪ Telefonisch/Internet | 50 |
| | ▪ Therapiesitzungen | 126 |
| | Hausbesuche | |
| | Behördengänge | |
| | Paargespräche, davon | |
| | ▪ in Kooperation mit IVSt Frauen | |
| | Antrag nach Gewaltschutzgesetz | |
| Betreuung bei Stalking | | |
| Anzahl Kinder | | |
| Wohnort | Heidelberg | 18 |
| | Rhein-Neckar-Kreis | 4 |

| Statistik: | | |
|------------------|----------------|------|
| Jahr | | 2011 |
| | andere | |
| | | |
| Vermittelt durch | Kliniken/Ärzte | 4 |
| | Polizei | 1 |
| | Selbstmeldung | 17 |
| | andere | |

Gesamtbetrachtung:

Durch die im Runden Tisch HIM beschlossene Umbenennung der Täterinterventionsstelle in Männerinterventionsstelle, kommen immer mehr Männer auf uns zu, die selber Opfer von Gewalt sind oder waren.

Da viele Männer, die Gewalt in Beziehungen ausüben, selbst in ihrer Ursprungsfamilie Opfer von traumatisierenden Gewalterfahrungen waren, ist dies ein Bereich, den wir therapeutisch nicht außer Acht lassen können. Zudem kommen nun auch vermehrt Männer zu uns, die explizit in diesem Bereich Hilfe benötigen.

Besonders Männer, die als Kind einen sexuellen Missbrauch erlitten haben, wenden sich vermehrt an uns. Allein in diesem Bereich waren es in 2011 acht Männer. Vierzehn Männer hatten traumatische Gewalterlebnisse nicht verarbeitet, oder waren in Beziehungen, in denen die Gewalt von der Partnerin ausging.

Da der Männerinterventionsstelle der finanziellen Rahmen fehlt, dies alles aufzufangen, mussten wir die Wartezeiten für die Klienten verlängern und haben in 2011 einen Defizit von circa 4.000 € verbucht.

Dennoch ist absolut notwendig, sich um diese Männer zu kümmern. Männer bleiben zwar seltener auf ihre Opferrolle fixiert, sondern überdecken ihre seelischen Verletzungen häufig mit einer harten Schale. Nicht selten leiden sie an anhaltenden Beziehungsstörungen, Aggressionen, Angstzuständen oder Suchtproblemen.

Dies betrifft sehr viele Männer, denn selbst nach sehr vorsichtigen Schätzungen, wurden 10 – 15 % aller Männer in Deutschland in ihrer Kindheit sexuell missbraucht.

3.5 Vernetzung mit dem Gesundheitswesen

Name der Maßnahme:

him.med (Heidelberger Interventionsmodell und Medizin)

Name des Trägers / der Träger:

Universitätsklinikum Heidelberg

Unser Auftrag / unsere Leistung / unser Ziel:

Interventionsprogramm gegen häusliche Gewalt am Uniklinikum Heidelberg, bestehend aus 3 Arbeitskreisen:

- a) AK Fortbildung: Organisation und Durchführung von Fortbildungen zur Sensibilisierung von Ärzten und Pflegekräften für Anzeichen häuslicher Gewalt bei betroffenen PatientInnen, die am Uniklinikum zur Behandlung erscheinen (zum Beispiel Übungen zur Gesprächsführung, Informationen zu Dokumentation, Weitervermittlung Betroffener).

- b) AK Dokumentation: Es wurde ein einheitliches Dokumentationssystem eingeführt und „Dokuboxen“ in einigen Ambulanzen des Uniklinikums verteilt, die alle nötigen Materialien beinhalten.
- c) AK Vernetzung: Neben der Aufrechterhaltung externer Kontakte und der Erstellung von Opferkarten mit wichtigen Anlaufstellen für Betroffene wurde auch die Vernetzung innerhalb des Klinikums verbessert (zum Beispiel Einrichtung von „Notbetten“, Entscheidungsbaum (To-do-Liste) und Checkliste zum Umgang mit Gewaltbetroffenen, Möglichkeiten zum Einbezug eines psychosomatischen Konsiliararztes im Falle häuslicher Gewalt).

Zielgruppe/n:

Ärztinnen / Ärzte, Pflegekräfte

Höhe Leistungsentgelt der Stadt Heidelberg:

–

Anzahl der Personalstellen / Qualifikation:

–

Womit messen wir den Erfolg der Maßnahme?

Evaluation der Fortbildungen mittels Fragebögen

Kritische Abwägung und ggf. Erläuterung von Zielkonflikten:

–

| Statistik: | | | |
|--|--------------------------|-----------|-----------|
| Neben den anderen Aktivitäten des Arbeitskreises wurden in den Jahren 2009 und 2010 mehrere Fortbildungen angeboten. Jedoch fanden sich weniger Ambulanzärzte und vermehrt Interessierte aus anderen Berufsfeldern ein, die sich allgemein zum Thema häusliche Gewalt informieren wollten (zum Beispiel Erzieherinnen, Psychiater, siehe unten). Insgesamt nahmen 32 Personen an der begleitenden Evaluation teil und bewerteten die Fortbildung ausnahmslos als „sehr gut“ oder „gut“. Seit dem Jahr 2011 kam jedoch trotz mehrerer Angebote und Anschreiben an die Ambulanzleitungen der Kliniken mangels Nachfrage keine Fortbildung mehr zustande. | | | |
| Jahr | | 2009/2010 | 2011/2012 |
| | | | |
| Fälle Partnergewalt | | | |
| | | | |
| Fortbildungen | | 4 | 0 |
| | | | |
| Zielgruppen | Pflegepersonal | 13 | 0 |
| | Ärzte und Ärztinnen | 4 | 0 |
| | sonstige TeilnehmerInnen | 15 | 0 |

Gesamtbetrachtung:

Die bisherigen Aktivitäten des Arbeitskreises (AK) haben dank des Engagements aller Beteiligten einige Verbesserungen für potentiell betroffene PatientInnen erbringen können. Jedoch wäre zu diesem Zeitpunkt für einen weiteren Ausbau des Projekts eine strukturelle und finanzielle Einbindung des AK im Klinikum nötig. Leider konnte der Klinikumsvorstand eine derartige Unterstützung nicht zusichern, sodass der Arbeitskreis pausieren wird, bis sich neue Entwicklungen ergeben.

3.6 Zwangsheirat

Name der Maßnahme:

Beratung und Betreuung von Opfern von Zwangsheirat

Name des Trägers / der Träger:

Frauennotruf, Internationales Frauen- und Familienzentrum, Interventionsstelle Frauen und Kinder, Jugendmigrationsdienst des Internationalen Bundes und Kinderschutz-Zentrum*

*2011 keine Fälle

Unser Ziel:

Optimierung der Beratung und Versorgung von Personen, die von Zwangsverheiratung bedroht oder betroffen sind

Zielgruppe/n:

Personen, die von Zwangsverheiratung bedroht oder betroffen sind

Höhe Leistungsentgelt der Stadt Heidelberg:

–

Anzahl der Personalstellen / Qualifikation:

siehe Gesamtbetrachtung

Womit messen wir den Erfolg der Maßnahme?

siehe Gesamtbetrachtung

Kritische Abwägung und ggf. Erläuterung von Zielkonflikten:

siehe Gesamtbetrachtung

| Statistik: | | |
|------------|-------------------------|------|
| Jahr | | 2011 |
| Fälle | Gesamt | 12 |
| | Mädchen/Frauen | 12 |
| | Jungen/Männer | 0 |
| Alter | Unter 18 Jahren | 4 |
| | 18 – 21 Jahre | 6 |
| | Über 21 Jahre | 2 |
| Maßnahmen | Einzelgespräche, davon | 145 |
| | ▪ telefonisch/Internet | 101 |
| | ▪ persönlich | 44 |
| | ARGE | 20 |
| | Jugendamt | 17 |
| | Polizei | 2 |
| | Schutzeinrichtung | 3 |
| | andere/Ausländerbehörde | 24 |
| Wohnort | Heidelberg | 5 |
| | Rhein-Neckar-Kreis | 5 |
| | andere | 2 |

| Statistik: | | |
|------------------|-------------------|------|
| Jahr | | 2011 |
| Vermittelt durch | Ausbildungsstelle | |
| | Polizei | 1 |
| | Schule | 3 |
| | Selbstmeldung | 2 |
| | Verwandte/Freunde | 4 |
| | andere Personen | 2 |

Gesamtbetrachtung

Die Organisationen, die mit dem Thema der Zwangsverheiratung zu tun haben, sind inzwischen seit etwa zwei Jahren in einem Unterarbeitskreis mit dem Runden Tisch vernetzt. Mit dem Ziel, Beratung und Versorgung der von Zwangsheirat betroffenen Personen zu optimieren, haben wir (Frauennotruf gegen sexuelle Gewalt, Internationales Frauen und Familienzentrum, Interventionsstelle für Frauen und Kinder, Jugendmigrationsdienst des IB, Kinderschutz-Zentrum) uns mit Gründen, die den Zugang in die Beratung erschweren, speziellen Anforderungen an die Beratungsarbeit und vorhandenen Unterstützungsstrukturen auseinandergesetzt. Zudem haben wir an Fortbildungen zum Thema „Zwangsverheiratung“ teilgenommen.

Unser Anliegen war, Strukturen zu schaffen, die eine schnelle Hilfe für Betroffene möglich macht, indem wir auch mit den unterschiedlichen Kostenträgern (Jugendamt, Sozialamt, Agentur für Arbeit) das Gespräch gesucht haben. Uns ging es dabei um die Klärung, wer für welche Altersgruppe zuständig ist. Es wurde die Notwendigkeit „schnelle Hilfe“ vorzuhalten von Seiten der Kostenträger nicht gesehen, mit der Begründung, dass es in Heidelberg wohl nur einen geringen Anteil von Betroffenheit gäbe und genügend geeignete Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden seien (Frauenhaus, Notwohnungen).

Wir weisen darauf hin, dass die vorliegenden Beratungszahlen mitnichten die tatsächliche Betroffenheit von Zwangsverheiratung wiedergeben. Die geringe Anzahl ist vielmehr als ein Indiz dafür zu verstehen, dass die Betroffenen noch nicht ausreichend erreicht werden.

Wir sind nun an dem Punkt angelangt, an welchem wir einen konkreten Auftrag mit entsprechender personeller und finanzieller Ausstattung benötigen, um die Beratung und Versorgung der Zielgruppe weiter zu verbessern (mehr dazu siehe 3.).

Im folgenden werden wir die Ergebnisse unserer Erfahrungen und unseres Austauschs sowie unsere Lösungsvorschläge darstellen.

1. Gründe, die für von Zwangsheirat betroffene Personen den Zugang in Beratung erschweren

Den betroffenen Personen ist es kaum möglich, behördliche Strukturen und Behördensprache zu verstehen. Der Mangel an Transparenz bezüglich der behördlichen Strukturen und Zuständigkeiten sind kaum nachvollziehbar. Diese Undurchsichtigkeit führt zu Unsicherheiten und Angstgefühlen, die Betroffene hindern, Schutz zu suchen. Nicht zu wissen oder zu verstehen, was die Konsequenz einer Kontaktaufnahme zum Beispiel beim Polizeinotruf ist, hindert Betroffene auch in Notsituationen. Negative Vorerfahrungen mit Behörden verstärken nicht selten diese Ängste.

Die in Heidelberg vorhandenen Beratungsstellen – außer der Interventionsstelle – haben in der Regel eine „Komm-Struktur“ die für eine adäquate Unterstützung unzureichend ist. Komm-Struktur setzt voraus, dass Betroffene die Beratungsstellen eigenständig aufsuchen können.

Hier gibt es mehrere Gründe, warum es für Betroffene fast unmöglich ist Hilfe in Anspruch zu nehmen.

- Aufgrund der oft starken familiären Kontrolle und Überwachung ist es vielen Betroffenen nicht möglich, eine Beratungsstelle aufzusuchen. Einige dürfen mit nur wenigen Ausnahmen (zum Beispiel Schule, Bildung, Einkauf) die Familie verlassen.
- Gerade bei traditionell denkenden Familien aus anderen Kulturen ist der Stellenwert der eigenen Community enorm hoch. Die „Familienehre“ steht vor allem anderen. Aktiv gegen die Zwangsehe zu kämpfen bedeutet nicht selten, das eigene soziale Umfeld dauerhaft zu verlieren, was auch den Verlust der eigenen Identität zur Folge hat.

Aufsuchende Hilfe, die bisher nicht ausreichend gewährleistet ist, mag auch hier Wege ebnen. Unter Berücksichtigung dieser Hindernisse wird erklärbar, warum bisher die Inanspruchnahme von Beratungsmöglichkeiten so gering ist.

Seit letztem Jahr gibt es den Straftatbestand der Zwangsverheiratung in Deutschland. Damit haben wir erkannt, Ehen unter Zwang müssen verfolgt werden. Wenn nun der Blick auf die Täterseite vorhanden ist, braucht es auch den verstärkten Blick auf die Betroffenen und deren Unterstützungsnotwendigkeiten.

In der Konsequenz heißt das, die Unterstützungsangebote müssen optimiert werden. Was bedeutet das für Heidelberg?

2. Unterstützungsmöglichkeiten in Heidelberg

Jugendliche bis 18 Jahren werden vom Jugendamt unterstützt und können im Rahmen einer vorläufigen Schutzmaßnahme (Inobhutnahme) oder auch auf Dauer in einer stationären Jugendhilfeeinrichtung aufgenommen werden. Für die Inobhutnahme stehen sowohl für männliche, als auch für weibliche Kinder und Jugendliche entsprechende Notaufnahmepplätze zur Verfügung. Die Jugendhilfe ist Kostenträgerin für eine Unterbringung. In manchen Fällen ist es notwendig überregional unterzubringen, damit ausreichende räumliche Distanz zum Schutz der Jugendlichen vorhanden ist.

Für Heranwachsende (18 – 21 Jahre) ist eine adäquate Unterbringung in einer Schutzeinrichtung weit schwieriger. Vor allem dann, wenn die Betroffenen noch keine ausreichende Selbstständigkeit besitzen, ist das Frauenhaus mit seinen eingeschränkten personellen Ressourcen nicht der geeignete Ort, zumal auch die Finanzierung nicht grundsätzlich gesichert ist.

Für Heranwachsende und Erwachsene ist in Heidelberg eine Unterbringung in Notwohnungen möglich. Problem: Notwohnungen bieten keinen ausreichenden Schutz, wenn es um Bedrohung von Seiten der Herkunftsfamilie geht. Die vorhandenen Notwohnungen befinden sich in einem Umfeld, das wenig Sicherheit bietet und eher Angst hervorruft.

In all diesen Fällen braucht es intensive und spezifische Begleitung Betroffener, um die Belastung so gering wie möglich zu halten.

3. Lösungsvorschläge

Was brauchen Heidelberger Unterstützungseinrichtungen?

- Derzeit ist die Unterstützung von Betroffenen eine zusätzliche Leistung der bestehenden Vereine. Diese Aufgabe bindet personelle Ressourcen, die nicht ausreichend verfügbar sind.
- Eine wichtige Voraussetzung um die Menschen zu erreichen, ist ein weiterer Ausbau der aufsuchenden und begleitenden Intervention. Die Wege zu Behörden und das Sorgen um

eine gesicherte Unterkunft erfordert viel Zeit. Gerade durch eine Geh-Struktur ist es für akut bedrohte Personen leichter, Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

- Um die Zielgruppe besser zu erreichen und wirksamen Schutz zukommen zu lassen, braucht es intensive Kooperationen mit Stellen, die im direkten Kontakt mit eventuell betroffenen Mädchen und Frauen sind (Schulen, Jugendzentren, Integrationskurse et cetera).
- Es muss gewährleistet sein, dass junge Frauen im konkreten Fall schnell Hilfe gewährt werden kann und wir dies in der Beratung auch zusichern können. Dies setzt voraus, dass der zuerst angegangene Kostenträger in Vorleistung tritt und die letztendliche Kostenabklärung erst NACH einer sicheren Unterbringung der Betroffenen erfolgt.
Die Stadt Stuttgart hat Vereinbarungen zu Zuständigkeiten von Kostenträgern, aber auch zur Begleitung von Betroffenen getroffen. Diese Form der Vereinbarung wäre auch für unsere Region sehr hilfreich.
- Wenn Betroffene von der eigenen Familie bedroht sind, wird beispielsweise eine Unterbringung mit größerer räumlicher Distanz notwendig. Hierfür ist überregionale Kooperation erforderlich.
- Eine gute Möglichkeit wäre, eine spezialisierte Einrichtung für Beratung und Krisenintervention mit Schutzunterkünften zu schaffen, die sich nicht ausschließlich auf das Stadtgebiet Heidelberg bezieht. Denkbar wäre die Einbeziehung der Metropolregion. Bei einem so großen Einzugsgebiet wäre eine Einrichtung ausgelastet, vor allem, wenn es eine Vernetzung anderer Einrichtung auf bundesweiter Ebene gäbe. Für die Planung und Entwicklung einer solchen Einrichtung sind weitere zusätzliche Ressourcen erforderlich.
- Die Fachstellen arbeiten nach den jeweiligen Qualitätsstandards ihrer entsprechenden Verbände, die kontinuierlich weiterentwickelt werden. Um vor Ort eine bestmögliche Unterstützung zu bieten und den Erfolg durch Evaluation mit den Betroffenen zu prüfen, brauchen wir einen entsprechenden Rahmen.

Die Umsetzung all der genannten Punkte und somit eine verbesserte Erreichbarkeit und Versorgung der Betroffenen kann nur gelingen, wenn es von Seiten der Stadt einen entsprechenden Auftrag gibt und personelle wie auch finanzielle Ressourcen vorhanden sind.

Anhang 1: Informationsflyer fairmann e.V.

<http://www.fairmann.org/>

Flyer-Seite 1

Der Verein

Der gemeinnützige fairmann e.V., Heidelberger Verein für Gewaltprävention und Intervention, arbeitet mit fünf Mitarbeitern zum Thema Gewalt. Wir beraten Männer und Jungen die Gewaltprobleme haben und bieten Anti-Gewalt-Trainings an. Unser Gewaltpräventionsteam unterstützt Schulen bei Konfliktlösungen im Schulalltag.

Unser bewährtes Team besteht aus der bisherigen Besetzung der Heidelberger Abteilung des überregional tätigen Jedermann e.V.. Um der bereits seit längerer Zeit bestehenden, weitgehenden Selbstständigkeit des Heidelberger Büros stärker Ausdruck zu verleihen, haben wir einen eigenständigen Verein gegründet, der die bisherigen Aufgaben des Jedermann e.V. übernimmt, soweit sie den Raum Heidelberg betreffen.



*Wir retten Sie nicht,
wir bieten Ihnen an, schwimmen zu lernen.*

Kontakt

fairmann e.V.
Heidelberger Verein für Gewaltprävention und Intervention
Kaiserstraße 6
69115 Heidelberg

Bürozeiten :
Montag - Freitag 10 -18 Uhr

Ansprechpartner:
Meinolf Hartmann, Sven Immenroth

Telefon / Fax: 06221 / 600101
Mobil: 0179 / 4883084

Website: www.fairmann.org
Mail: info@fairmann.org

H + G Bank Heidelberg
Konto: 409 676 13
BLZ : 672 901 00



gewaltfrei leben lernen

Praxisorientierte Lösungsstrategien
für Männer und Jungen
mit Gewaltproblemen

fairmann e.V.

Kaiserstraße 6, 69115 Heidelberg

Flyer-Seite 2:



Wir richten für die Stadt Heidelberg die Männerinterventionsstelle HIM aus.

Wir helfen Ihnen weiter:

- Wenn Sie in Ihrer Beziehung Gewalt ausgeübt haben.
- Wenn Sie durch einen Platzverweis aus Ihrer Wohnung gewiesen wurden.
- Wenn ein Verfahren wegen Körperverletzung ansteht.
- Wenn Sie lernen wollen, mit Ihrer Gewalttätigkeit umzugehen.
- Sie können sich von uns anonym telefonisch beraten lassen.
- Sie können einen Beratungstermin mit uns vereinbaren.
- Sie können bei uns erfahren, wie es weitergehen kann.
- Wir vermitteln Ihnen Hilfsangebote anderer Institutionen.

HIM Männerinterventionsstelle
Kaiserstrasse 6
69115 Heidelberg

Telefon / Fax: 06221 / 600 101
Mobil: 0179 / 48 83 0 84

Gewaltprävention

Gewaltprävention durch Abschreckung, Verbote und androhte Strafen alleine reicht an vielen Schulen nicht mehr. Zudem finden Mobbing, Bedrohungen und sexuelle Übergriffe selten im Unterricht, sondern in den Pausen und auf dem Schulweg statt.

Daher ist das Erlernen von Sozialkompetenzen wie Fairness und Respekt und der Umgang mit Wut, Enttäuschung und Demütigung wichtig.

Unser Angebot:

- Geschlechtsspezifischen Antigewalt- und Sozialen Kompetenztrainings in der Klasse.
- Kriseninterventionen in der betroffenen Klasse.
- Lehrer- / Lehrerinnenfortbildung, pädagogische Tage.
- Einzelberatung für Lehrer, Erzieher und Eltern.
- Einzelberatungen für Jungen, die Probleme haben oder Probleme machen.



*Gewalt ist kein Schachspiel,
aber viele Züge kann man voraussehen.*



Schiffbruch erleiden ist keine Schande, nicht herauszufinden warum man auf Grund gelaufen ist, schon.

Intervention

Was tun, wenn „es“ wieder passiert ist?

- Wenn Frust und Wut wieder gesiegt haben.
- Wenn die guten Vorsätze wieder versagt haben.

Wenn Sie sich und ihr Leben wieder in den Griff bekommen wollen, erarbeiten wir mit Ihnen Lösungsstrategien, die in der Praxis funktionieren.

Unser Angebot:

Antigewalttrainings

Für Männer, die eine gerichtliche Auflage haben, oder sich aus dem Kreislauf der Gewalt befreien wollen, bieten wir Antigewalttrainings an.

Beratungsangebote

Die Einzelberatungen werden von therapeutisch geschulten Mitarbeitern durchgeführt. Wir unterstützen Sie zu folgenden Themen:

- Aggressivität und fehlende Selbstkontrolle bei Männern und Jungen.
- Häusliche Gewalt und Platzverweis.
- Konstruktive Konfliktlösungen in Kommunikation und Partnerschaft.

Anhang 2: Heidelberger Erklärung



Häusliche Gewalt – kein Tabuthema in der Medizin



HEIDELBERGER ERKLÄRUNG

Am 8. Oktober 2008 fand die erste Fachtagung zum Thema „Häusliche Gewalt“ am Universitätsklinikum Heidelberg statt. Mit dieser Tagung wollte das Uniklinikum Heidelberg ein Zeichen setzen und sich dem Heidelberger Interventionsmodell anschließen. Zukünftig soll in einer gemeinsamen Initiative ein Interventionsprogramm „Häusliche Gewalt“ entwickelt werden.

Stadt und Universitätsklinikum Heidelberg werden in Zukunft auf diesem Gebiet enger zusammenarbeiten. Die Stadt Heidelberg gründete zum Schutz und zur Betreuung von Gewaltopfern das „Heidelberger Interventionsmodell gegen Gewalt in Beziehungen (HIM)“. Der Runde Tisch, eine Vernetzung von Ämtern der Stadtverwaltung, der Polizei, der Justiz und allen einschlägigen Beratungsstellen arbeitet eng verzahnt mit den zwei Anlaufstellen für Betroffene – der Interventionsstelle für Opfer und der für TäterInnen – an der Optimierung der Verfahren.

Die Ausweitung des Platzverweisverfahrens auf den privaten Raum ermöglicht es Polizei und Ordnungsamt, bei häuslicher Gewalt gezielt einzuschreiten und gewalttätige Partner/Partnerinnen in bestimmten Fällen aus der Wohnung zu verweisen. Dies schützt Opfer vor weiterer Gewaltanwendung und ermöglicht ihnen zugleich, ihre Situation ohne Bedrohung zu überdenken, Beratungsangebote wahrzunehmen und gegebenenfalls gerichtliche Schritte nach dem Gewaltsschutzgesetz einzuleiten.

Die Vernetzung des „Heidelberger Interventionsmodells gegen Gewalt in Beziehungen“ und der Einrichtungen des Gesundheitssystems ist ein weiterer folgerichtiger Schritt zu einer nachhaltigen Verbesserung der Situation für Gewaltbetroffene.

Intervention in der Gesundheitsversorgung

Von häuslicher Gewalt gehen erhebliche Gesundheitsrisiken für die Betroffenen aus. Die Opfer sind zu über 90% Frauen und Kinder. In Deutschland erfährt jede vierte Frau körperliche, psychische und/oder sexualisierte Gewalt durch einen Beziehungspartner. Ein Drittel der Frauen erlebt die Gewalthandlungen systematisch und über viele Jahre.

Physische, psychosomatische oder psychische Misshandlungsfolgen führen Betroffene (eventuell mit ihren Kindern) früher oder später in eine Einrichtung des Gesundheitswesens. MitarbeiterInnen der Gesundheitsversorgung sind häufig auch die ersten Außenstehenden, bei denen Misshandlungsoffer Hilfe suchen. Sie spielen daher eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, Gewalt im Kontext von gesundheitlichen Störungen zu erkennen, PatientInnen zu unterstützen und erneute Misshandlungen zu verhindern (Sekundärprävention).

Diese Interventionschancen in der Gesundheitsversorgung gegen häusliche und sexualisierte Gewalt sollen künftig in Einrichtungen des Uniklinikums verstärkt genutzt werden.

Manchmal sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unsicher, wie sie Gewalterfahrungen bei den Patientinnen und Patienten ansprechen können. Betroffene versuchen eher, den Gewalthintergrund ihrer Verletzungen aus Angst vor weiterer Misshandlung, aber auch aus Scham zu ver-

schweigen oder zu verschleiern. Für Ärztinnen und Ärzte und für Pflegekräfte stellt sich in solchen Fällen die Frage, wie sie

- Gewalterfahrungen durch aktives und sensibles Nachfragen im Rahmen der Anamnese und Behandlung erkennen,
- chronische Beschwerden mit früheren Gewalterfahrungen in Verbindung bringen,
- Verletzungen und Beschwerden rechtsverwertbar dokumentieren und Frauen dadurch in straf- und zivilrechtlichen Auseinandersetzungen stärken,
- PatientInnen über weiterführende Krisen-, Beratungs- und Schutzeinrichtungen informieren können.

Weiteres Vorgehen

Erfahrungen anderer Städte zeigen, dass die unterstützenden Maßnahmen im Gesundheitsbereich den Betroffenen Mut machen und ihnen helfen, Wege aus der Gewaltspirale zu finden. Nur eine ursachenorientierte Gesundheitsversorgung bietet nachhaltig Gesundheitschancen für Gewaltbetroffene, wirkt präventiv und reguliert Folgekosten.

Die gemeinsam von der Stadt und dem Uniklinikum Heidelberg ausgerichtete Fachtagung leistete einen ersten Beitrag dazu, am Beispiel des Interventionsmodells SIGNAL die Möglichkeiten einer Intervention im Gesundheitsbereich auszuloten und die Kooperation mit dem bestehenden Heidelberger Netzwerk gegen häusliche Gewalt zu verstärken.

Zur nachhaltigen Etablierung eines Interventionsablaufs im Klinikalltag ist eine weitere Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Thematik häusliche Gewalt durch Schulungen und Fortbildungen erforderlich, um das Erkennen und die notwendige Handlungssicherheit im Umgang mit Opfern häuslicher Gewalt zu fördern. Ein „Arbeitskreis Häusliche Gewalt“ soll Empfehlungen für eine weiterführende Verankerung von Maßnahmen erarbeiten, die die Zusammenarbeit der Hilfesysteme und die Betreuung und Behandlung von Betroffenen verbessern können.

Professor Dr. Dr. h.c. J. Rüdiger Siewert
Leitender Ärztlicher Direktor

Bürgermeister Wolfgang Erichson
Dezernat für Integration, Chancengleichheit
und Bürgerdienste